

## Positionspapier zur Gewerbesteuer

Die Jusos der Region Hannover sprechen sich für eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer aus. Hierfür halten wir es für unabdingbar, dass die Gewerbesteuer in der Region Hannover angeglichen wird und eine Ausweitung auf Freiberufler – die bisher nicht betroffen sind – vorgenommen wird.

### **[Aufbau]**

Die Gewerbesteuer besteht aus zwei wichtigen Teilen. Den Einen Teil, die Zusammensetzung, legt der Bund fest. Den Aufschlag, in Prozentpunkten, auch Hebesatz genannt, legt die jeweils Betroffene Kommune fest. Somit kann es zu Konkurrenz zwischen Städten Gemeinden und Metropolregionen kommen und über die Standortattraktivität entscheiden. Die Gewerbesteuer ist die größte Einnahmequelle der Kommunen und somit ein unverzichtbarer Teil des Haushaltes. Durch viele Änderungen in der Zusammensetzung ist sie sehr Konjunkturabhängig geworden und deshalb wenig Krisenfest. [Zuletzt herausstreichen der Lohnsumme]

### **[Schwarz Gelbe Attacke]**

Da durch die Krise das Aufkommen, in einem nie dagewesenen Maß, zurückging begannen sich alle Parteien Gedanken zu machen, wie man den Kommunen helfen könnte. Schwarz Gelb forderte deshalb die Abschaffung der Gewerbesteuer und einen Aufschlag auf die Einkommenssteuer. Wir sind der Meinung, dass das Klientelpolitik ist und in keiner Art und Weise Akzeptabel ist, weil man damit die Firmen entlastet und die normalen Arbeitnehmer überdimensional belastet! Außerdem würde es dafür sorgen, dass die Bundesregierung mittels billiger PR von Steuersenkungen sprechen könnte und die Kommunen den schwarzen Peter haben, weil sie als Steuererhöher dastehen. Für uns steht daher fest: Eine gute und faire Zukunft für die Kommunen steht und fällt mit der Gewerbesteuer.

### **[Aufkommen]**

Damit aber die kommunalen Finanzen nicht vollständig kollabieren muss das Gewerbesteueraufkommen gesteigert werden. Außerdem muss die Steuer Krisenfest sein, denn die Kommunen sind das Standbein der Politik, dass den Bürger direkt

betrifft. Vom Kindergarten, über den Schulbau bis zur Infrastruktur – ohne einen sicheren kommunalen Haushalt ist nichts dergleichen leistbar.

### **[Möglichkeiten]**

Um das Gewerbesteueraufkommen zugunsten der Kommunen zu steigern gibt es mehrere Möglichkeiten. Eine Erhöhung der Hebesätze oder eine Veränderung der Zusammensetzung - zum Beispiel eine Wiedereinführung der Lohnsumme oder eine Miteinbeziehung der Freiberufler, wie zum Beispiel Ärzten und Anwälten.

### **[Lohnsumme]**

Eine Wiedereinführung der Lohnsumme ist kritisch zu beurteilen. Auch wenn das für eine größere Krisenfestigkeit sorgt, so würde doch der Faktor Arbeit teurer und somit Firmen belohnen, die niedrige Löhne zahlen und ihre Angestellten in andere Konzerne und Verwaltungsgemeinschaften outgesourct haben. Deshalb wäre diese Lösung eher ein Rück, als ein Fortschritt, wenn man für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen steht.

### **[Hebesatz steigern]**

Eine Erhöhung des Hebesatzes muss differenziert betrachtet werden. Erhöht man die Gewerbesteuer zieht das nicht zwangsweise eine Einnahmesteigerung für die Kommune nach sich. Am Beispiel Hannover kann man es verdeutlichen.

Hannover liegt Momentan was den Hebesatz angeht mit 460 Prozentpunkten auf Platz 9 der großen Städte. Das entspricht ungefähr der Größe der Stadt. Auch kommt es der Attraktivität der Metropolregion relativ nah. Wenn man sie um 10 Prozentpunkte anhebt und man Hannover mit Hamburg u.ä. Städten gleichsetzt auf Platz 3 hat man – sollten keine Unternehmer flüchten – Mehreinnahmen von 11 Mio. Euro. Wenn man sie um 20 Prozentpunkte steigen lässt und somit mit München, dem aktuell ersten Platz gleichzieht hat man – sollten keine Unternehmer flüchten – Mehreinnahmen von 21 Mio. Euro. Erst bei einer Steigerung von 30 Prozentpunkten hat man – sollten keine Unternehmer flüchten – Mehreinnahmen von 32 Mio. Euro [Zahlen der Stadtkämmerei]. Was auf den ersten Blick gut erscheint kann aber eine riesige Steuerflucht auslösen. Versicherungen und Finanzdienstleister, sowie Exxon Mobil sind die größten Zahler der Stadt Hannover. Von den circa 400 Millionen, realem Gewerbesteueraufkommen für Hannover entfallen ungefähr 90% auf große Firmen. Wenn ein Konzern mit einer Abgabelast von 40 Millionen abzieht und die

Konzernzentrale verlegt sinkt also das reale Aufkommen um 8 Millionen Euro. Diese Konzerne könnten zum Beispiel ihren Mitarbeiterstab behalten und eine Station der Bahnlinie weiter, in Altwarmbüchen ihren Sitz melden. Nur im schlimmsten Fall würden sie ganz abwandern und dementsprechend Arbeitslose, die auch immense Kosten für die Kommune mit sich ziehen, hinterlassen. In diesem Falle würde man eine Mehrbelastung der standorttreuen Firmen herbeiführen und den eigenen Spielraum verkleinern. Da wir Jusos uns ganz klar für sichere Arbeit und Beschäftigungsverhältnisse aussprechen, halten wir diese Lösung für suboptimal. Es gilt, die Krise abzuwarten und im Falle eines Aufschwungs, nachdem die Firmen ihre Standortentscheidungen getroffen haben, die Steuer zu erhöhen, damit wir auch real an dem Aufschwung beteiligt sind. Jetzt ist die Entscheidung zur Erhöhung zu früh.

Denn ein weiteres Manko ist, dass die Größte Stadt der Region, Hannover, bis 2012 mit dem Haushaltssicherungskonzept 7 eine Vereinbarung hat welche Sparmaßnahmen getroffen werden und was vermieden wird.

### **[Region als wirtschaftliche Einheit]**

Unserer Ansicht nach ist es entscheidend für das Gelingen des Projekts Region Hannover, dass sie in Wirtschaftsfragen einheitlich auftritt. Hierzu sollte der Hebesatz regionsweit vereinheitlicht werden.

### **[Gewerbesteuer erweitern]**

Unsere prioritäre Forderung ist die Breite des Aufkommens zu stärken und als SPD darauf hinzuwirken, dass die Gewerbesteuer auf sozialen, sowie Krisenfesten Füßen steht. Hierzu muss man Freiberufler in die Gewerbesteuer miteinbeziehen. Aus unserer Sicht gibt es keine Begründung dafür, dass der Elektriker von nebenan Gewerbesteuer zahlt, der eventuell sogar sehr reiche Anwalt von gegenüber jedoch nicht. Das sorgt für ein Ungleichgewicht in der Gesellschaft, zu Lasten der genauso hart arbeitenden Handwerkern.

Diese Veränderung sorgt aber nicht nur für eine größere soziale Gerechtigkeit. Sie macht diese Steuer auch Krisenfest. Denn Anwälte Ärzte etc. können im Gegensatz zu Konzernen nicht vor der Steuer flüchten, da Standorte für sie entscheidend sind und auch maßgeblich für den Erfolg der Niederlassung zuständig sind.

Dieser Vorschlag sorgt dafür, dass bei gleichbleibender Belastung eine sozialere Verteilung in der Stadtgemeinschaft vorhanden ist. Sie würde deutlich machen, dass



sich die Kommune für Arbeit in der Region ausspricht und, dass wir mehr Spielraum in der Haushaltsplanung haben. Ob für Kindergarten, Hort oder Schule durch eine Schätzungsweise 25%ige Steigerung des Gewerbesteueraufkommens sorgt man für Mehreinnahmen von 25%, also allein in Hannover für mehr als 100 Millionen Euro pro Jahr.

**Deshalb sehen wir es als dringend notwendig an, dass es zu dieser Änderung kommen muss und die SPD sich auf ihren sozialen Kern für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besinnt!**